

Die Wahlen in Jammu und Kaschmir von 2002

Dietmar Rothermund

1 Kaschmir im Spannungsfeld zwischen den Atommächten Indien und Pakistan

Der Kaschmirkonflikt ist seit 1947 ein Dauerbrenner. Die Bedeutung der jüngsten Wahlen ist nur vor dem Hintergrund der Geschichte dieses Konflikts zu verstehen. Indien und Pakistan haben in mehreren Kriegen um dieses Territorium gekämpft. Seit diese beiden Länder 1998 Atommächte wurden, ist dieser Krisenherd noch gefährlicher geworden. Nie haben sich zwei verfeindete Atommächte buchstäblich so „nahe gestanden“ wie Indien und Pakistan. Bei diesem Konflikt geht es nicht einfach nur um ein Territorium, sondern um die Grundprinzipien beider Staaten. Indien betrachtet sich als säkularer Staat, in dem verschiedene Religionsgemeinschaften miteinander leben. Das ist nicht ein Prinzip, das um seiner selbst willen betont wird, sondern eine zwingende Notwendigkeit, denn die Teilung Britisch-Indiens hinterließ eine große, in der Diaspora lebende muslimische Minderheit in Indien, deren Bevölkerungszahl jetzt etwa genauso groß ist wie die des gegenwärtigen Pakistan. Eine Vertreibung dieser Minderheit würde zu einem gewaltigen Völkermord führen. Das Pogrom in Gujarat im Frühjahr 2002, bei dem Tausende indischer Muslime den Tod fanden, hat gezeigt, dass Völkermord in Indien durchaus eine ernsthafte Bedrohung ist.

In Pakistan wird oft behauptet, Indien habe sich nie mit der Existenz dieses Staates abgefunden. Das stimmt so nicht, denn Indien hat sich durchaus mit der Sezession des entsprechenden Territoriums abgefunden, aber es konnte niemals die Zwei-Nationen-Theorie akzeptieren, mit der die Schaffung Pakistans begründet wurde. Die Zwei-Nationen-Theorie ist inzwischen auch durch die Sezession Bangladeschs widerlegt worden, dennoch bleibt sie für Pakistan sozusagen der Gründungsmythos, auf den es nicht verzichten kann. Mit diesem Mythos ist auch der Anspruch auf Kaschmir verbunden.

Das an Pakistan angrenzende Muslimmehrheitsgebiet im Tal von Kaschmir wäre denn auch Pakistan bei der Teilung zugeordnet worden, hätte es zu Britisch-Indien und nicht zum Fürstenstaat Jammu und Kaschmir gehört. Die Teilung erfolgte als reiner Verwaltungsakt ohne jede Volksabstimmung und richtete sich nach den Zensusdaten auf Bezirksebene. Die Führer des indischen Freiheitskampfes hatten diese Teilung zunächst abgelehnt, sie aber dann doch akzeptiert, weil ihnen die Alternative noch abschreckender erschien.

2 „Plan Balkan“ und die indischen Fürstenstaaten

Diese Alternative zur Teilung war von den Briten sehr treffend „Plan Balkan“ genannt worden. Er war im Londoner Indienministerium kurz vor Toresschluss entworfen worden. Die Provinzen Britisch-Indiens sollten jeweils für sich in die Unabhängigkeit entlassen werden und mochten dann selbst sehen, zu welchem größeren Staatsgebilde sie sich zusammenfinden wollten. Für Führer des Freiheitskampfes wie Jawaharlal Nehru war es stets darum gegangen, nicht nur der britischen Fremdherrschaft ein Ende zu setzen, sondern auch die Macht der Zentralregierung zu übernehmen, um die nationale Einheit zu wahren. „Plan Balkan“ hätte diese Macht den Provinzregierungen übertragen, und es war fraglich, ob und wie diese die Macht an übergeordnete Instanzen abgetreten hätten.

„Plan Balkan“ betraf auch das Schicksal von Hunderten indischer Fürstenstaaten. Für sie blieb er bestehen, denn mit dem Ende der Oberherrschaft (*paramountcy*) des britischen Königs wurden sie in der Tat jeweils für sich unabhängig. Hätte es keine starke indische Zentralregierung gegeben, die in der Lage war, sie zu mediatisieren, dann wären manche von ihnen sicher unabhängig geblieben – allen voran der flächenmäßig größte Fürstenstaat Jammu und Kaschmir, der davon träumen mochte, eine Schweiz im Himalaya zu werden.

Der Maharaja von Jammu und Kaschmir, ein Hindu, der eine überwiegend muslimische Bevölkerung beherrschte, hatte die Wahl, sich entweder Indien oder Pakistan anzuschließen – oder eben unabhängig zu bleiben. Er erbat sich Bedenkzeit, die ihm dann von pakistanischen Freischärlern verkürzt wurde, die in seinen Staat einfielen. Er hatte nur eine kleine Truppe, die lediglich von zeremonieller Bedeutung war. Deshalb wandte er sich an Indien um Militärhilfe. Der letzte Vizekönig Lord Mountbatten, der auf Nehrus Bitte hin als erster Generalgouverneur Indiens im Lande geblieben war, bestand darauf, dass der Maharaja zunächst den Anschluss an Indien vollziehen müsse, ehe man indische Truppen entsenden könne. So geschah es und Srinagar, die Hauptstadt des Fürstenstaates konnte in letzter Minute gegen die vordringenden Freischärler verteidigt werden. Nun setzte Pakistan auch reguläre Truppen ein, die allerdings auf merkwürdige Weise rekrutiert wurden. Die pakistanische Armee unterstand zu diesem Zeitpunkt noch einem britischen General, der den Einsatz der Truppen nicht genehmigen wollte, es sei denn, sie ließen sich beur-

lauben, um nach Kaschmir zu ziehen. Die „Urlauber“ kamen rasch voran und besetzten den Norden des Fürstenstaates, der noch heute in pakistanischer Hand ist.

Als Lord Mountbatten Anfang November 1947 seinen pakistanischen Amtskollegen, den Generalgouverneur Mohammed Ali Jinnah, in Lahore aufsuchte, um ihn dazu zu bewegen, den pakistanischen Truppen Einhalt zu gebieten, behauptete dieser, mit dem Einsatz dieser Truppen nichts zu tun zu haben. Mountbatten kehrte frustriert nach Indien zurück. Nehru aber rief die Vereinten Nationen an, damit der Sicherheitsrat Pakistan zur Beendigung der Aggression auffordern möge. Gandhi hatte Nehru davon abgeraten, weil er nichts von einer Intervention der Vereinten Nationen erwartete. Dass Gandhis Urteil zutraf, wurde erst nach seinem Tod deutlich. Die Vereinten Nationen bemühten sich um eine „politische Lösung“ des Problems und verurteilten gerade deshalb den Aggressor nicht. Eine Volksabstimmung sollte stattfinden, doch Indien machte zur Bedingung, dass zunächst die pakistanischen Truppen zurückgezogen werden sollten. Schließlich konnten die Vereinten Nationen nur einen Waffenstillstand erreichen. Die Waffenstillstandslinie, die 1949 von beiden Seiten anerkannt wurde und seit 1972 nach einigen Korrekturen als „Line of Control“ bezeichnet wird, ist noch heute die faktische Grenze zwischen Indien und Pakistan in dieser Region.

3 Sheikh Abdullah, der „Löwe von Kaschmir“

Die Muslime im Tal von Kaschmir hatten einen charismatischen Führer: Sheikh Abdullah, der der „Löwe von Kaschmir“ genannt wurde. Er hatte seit 1931 den Widerstand gegen das feudale Regime des Maharaja geführt und war mit Nehru befreundet, dem er auch ideologisch nahe stand. Der Maharaja hatte Sheikh Abdullah ins Gefängnis geworfen, aber dann in der Zeit der Not 1947 zum Premierminister des Fürstenstaates ernannt. Sheikh Abdullah führte dann eine radikale Bodenreform durch und enteignete den umfangreichen Grundbesitz des Maharaja und seines Hofstaates. Seine Partei, die National Conference (NC), wurde zur Bauernpartei, die den Bauern ihren Besitzstand garantierte, was diese ihr an der Wahlurne dankten. Mit dem Hinweis, dass in Pakistan die Macht der alten feudalen Klasse ungebrochen sei, konnte Sheikh Abdullah seine Bauern beeindrucken. Ein Anschluss an Pakistan war unter ihm undenkbar, aber wie zuvor der Maharaja träumte er von der Unabhängigkeit Kaschmirs und machte sich damit in Indien verdächtig. Nehru ließ ihn schließlich 1953 seines Amtes entheben und ins Gefängnis werfen. Als er 1957 aus dem Gefängnis entlassen wurde, forderte er lautstark eine Volksabstimmung und wurde darauf wieder inhaftiert. Erst 1964 ließ Nehru ihn frei und lud ihn zu Gesprächen ein, die jedoch ergebnislos blieben, weil Nehru bald darauf starb.

4 Die Kriege zwischen Indien und Pakistan

Die Machthaber Pakistans hatten Respekt vor Nehru, nicht aber vor seinem als schwach geltenden Nachfolger Lal Bahadur Shastri. Ihm wollten sie Jammu und Kaschmir mit einer überraschenden Offensive im September 1965 entreißen. Es

sollte sich bald zeigen, dass sie Shastri unterschätzt hatten. Er befahl den Vormarsch indischer Truppen auf Lahore, und als es zum Waffenstillstand kam, befand sich ein Teil pakistanischen Territoriums in indischer Hand. Auf einer mit Vermittlung der Sowjetunion in Taschkent einberufenen Friedenskonferenz musste der pakistanische Präsident Ayub Khan eine Gewaltverzichtserklärung unterschreiben. Er verlor sein Gesicht und fand bald darauf die Autonomieforderungen des künftigen Bangladesch auf dem Tisch. Aufgrund der Befreiung Bangladeschs kam es 1971 zu einem weiteren Krieg zwischen Indien und Pakistan. Während dieses Krieges wurde auch in Kaschmir gekämpft und Indien konnte einige strategische Posten gewinnen, die es dann auch behielt.

Indien hatte in Bangladesch 90.000 pakistanische Kriegsgefangene gemacht, um deren Repatriierung sich der neue pakistanische Präsident Zulfikar Ali Bhutto bemühen musste. Er traf sich 1972 mit der indischen Premierministerin Indira Gandhi in Simla, bekam seine Soldaten zurück und musste dafür darin einwilligen, dass alle anstehenden Probleme zwischen Indien und Pakistan nur bilateral verhandelt werden durften. Damit verzichtete Pakistan darauf, die Kaschmirfrage zu „internationalisieren“. Indira Gandhi hätte darauf bestehen sollen, dass Bhutto zugleich auch die Line of Control als offizielle Grenze anerkannte, doch er brachte sie davon ab, indem er versprach, sich dafür einzusetzen. Er könne aber nichts bewirken, wenn er als „Erfüllungspolitiker“ nach Pakistan zurückkehre.

Indira Gandhi stand nun auf dem Höhepunkt ihrer Macht und konnte Sheikh Abdullah einen Kashmir Accord aufzwingen und ihn als Ministerpräsidenten des Staates Jammu und Kaschmir von ihren Gnaden einsetzen. Als Indira Gandhi 1977 eine Wahlniederlage erlitt, konnte Abdullah dann, durch einen eigenen Wahlerfolg legitimiert, seinen Staat weiterhin regieren. Er blieb auch nach Indira Gandhis erneutem Wahlsieg 1980 im Amt, starb aber 1982. Sein Nachfolger wurde sein Sohn Farooq Abdullah, ein Arzt der lange in London praktiziert und wenig politische Erfahrung hatte. Er war denn auch für den „Tod der Demokratie“ in Jammu und Kaschmir mit verantwortlich.

5 Der „Tod der Demokratie“ und die Jahre des Terrors

Als Indira Gandhi im Oktober 1984 von ihren Leibwächtern ermordet wurde und ihr ebenfalls politisch unerfahrener Sohn Rajiv ihr Nachfolger wurde, begann eine neue Ära der indischen Politik, die zunächst recht viel versprechend zu sein schien. Rajiv legte regionale Konflikte im Punjab und in Assam bei und hatte auch gute Beziehungen zu Farooq Abdullah, der Indira Gandhi getrotzt hatte und beinahe die Macht verloren hätte. Bei den 1987 in Jammu und Kaschmir anstehenden Wahlen gingen die Kongresspartei und Farooqs National Conference (NC) ein Wahlbündnis ein. Obwohl dies eigentlich Erfolg versprechend zu sein schien, war man sich seiner Sache wohl nicht sicher, und es ging bei den Wahlen nicht mit rechten Dingen zu. Besonders betroffen war davon die Muslim United Front, eine Oppositionsallianz,

die immerhin 20 Prozent der Stimmen gewann und dafür nur vier Sitze erhielt, während Farooqs NC mit 33 Prozent der Stimmen 40 Sitze errang und die Kongresspartei mit nur 20 Prozent der Stimmen 26 Sitze verbuchen konnte. Etliche junge Wahlhelfer der Muslim United Front wandten sich nun frustriert von der Politik ab, gingen über die Grenze nach Pakistan und ließen sich als Terroristen ausbilden. Sie kehrten 1989 nach Kaschmir zurück, als nach dem Abzug der Sowjetunion aus Afghanistan nun auch viele afghanische Freiheitskämpfer arbeitslos geworden waren und nach einem neuen Betätigungsfeld suchten. Nun begannen im Tal von Kaschmir die Jahre des Terrors.

Nachdem Rajiv Gandhi 1989 eine Wahlniederlage erlitten hatte, versuchte sein Nachfolger Vishwanath Pratap Singh durch eine große Geste gute Beziehungen zu Kaschmir herzustellen. Er ernannte den kaschmirischen Politiker Mufti Mohammed Sayeed zum Bundesinnenminister. Der Mufti (islamischer Rechtsgelehrter) war ein alter Gegner der Familie Abdullah und hatte früher der Kongresspartei angehört. Sein Amtsantritt stand unter keinem guten Stern, denn bald darauf entführten Terroristen eine seiner Töchter, eine junge Ärztin, und pressten so einige ihrer Gesinnungsgenossen frei. Yasin Malik, der später noch eine bedeutsame Rolle spielen sollte, war an dieser Entführung beteiligt. Die indische Regierung reagierte auf solche Provokationen mit der Verstärkung der Sicherheitskräfte in Kaschmir. Eine Spirale der Gewalt kennzeichnete die frühen 1990er-Jahre. Die Entführung junger Touristen, zu denen auch der Deutsche Dirk Hasert gehörte, bewegte 1995 die internationale Öffentlichkeit.

Die indische Regierung versuchte trotz alledem, der Demokratie in Kaschmir wieder eine Chance zu geben. Bei einer Landtagswahl im Herbst 1996 errang die NC 57 von 87 Sitzen und Farooq Abdullah saß nun wieder fest im Sattel. In Delhi regierte zu dieser Zeit die aus 13 Parteien bestehende Nationale Front, mit deren Führern Farooq früher schon sympathisiert hatte, als er gemeinsam mit ihnen Indira Gandhi die Stirn geboten hatte. Ein Makel der Wahl war freilich, dass die Opposition sie boykottiert und Farooq praktisch kampflos das Feld überlassen hatte.

Pakistan unterstützte weiterhin verschiedene terroristische Organisationen, die in Kaschmir tätig waren. Der militärische Geheimdienst Pakistans, die Inter-Service Intelligence Agency (ISI), die auch bei der Unterstützung der Taliban in Afghanistan sehr aktiv war, war auch für den Terrorismus in Kaschmir zuständig. Dabei gab es viele Querverbindungen zwischen den Taliban und den in Kaschmir eingesetzten Terroristen. Nach pakistanischer Sprachregelung waren jedoch alle in Kaschmir tätigen Terroristen immer „kaschmirische Freiheitskämpfer“.

6 Konventioneller Krieg zwischen den Atommächten

Im Mai 1998 kam es dann zu einer grundlegenden Veränderung der indisch-pakistanischen Beziehungen, da beide Staaten sich als Atommächte etablierten. Pakistan hatte damit endlich die militärische Parität mit Indien erreicht, die es immer

angestrebt hatte, aber aufgrund der Übermacht der konventionellen indischen Streitkräfte nie hatte erreichen können. Nun schien die im Kalten Krieg bewährte Logik der gegenseitigen Abschreckung vorzuherrschen. Der indische Premierminister Vajpayee zog daraus die Konsequenz und startete eine Friedensoffensive. Er reiste im Februar 1999 nach Lahore und umarmte seinen pakistanischen Amtskollegen Nawaz Sharif, der sich – wie Augenzeugen berichten – bei dieser Umarmung sichtlich unwohl fühlte. Er wusste nämlich, dass General Parvaiz Musharraf bereits zu diesem Zeitpunkt einen Überraschungsangriff auf die Line of Control vorbereitete. Es sollte dies der erste konventionelle Krieg zwischen zwei Atommächten werden. Musharraf bezeichnete diesen Krieg freilich als „Stellvertreterkrieg“ (*proxy war*), wie er ja auch in den Zeiten des Kalten Krieges oft geführt worden war. Die „Stellvertreter“ waren „kaschmirische Freiheitskämpfer“, die von indischer Seite bald als reguläre pakistanische Truppen entlarvt wurden. Die pakistanische Seite hielt jedoch so konsequent an dieser Sprachregelung fest, dass sie sogar pakistanische Gefallene, die übergeben werden sollten, zurückwies, weil es „Freiheitskämpfer“ seien, mit denen sie nichts zu tun habe.

Musharrafs Vorstoß über die Line of Control in der Region Kargil im Frühjahr 1999, war zwar brilliant geplant und überraschte die indische Seite völlig. Dennoch siegten die Inder und dies, ohne die Line of Control ihrerseits zu überschreiten, weil das zu einer atomaren Eskalation hätte führen können. Als Musharrafs Freund und Kollege, der US-amerikanische General Anthony Zinni, ihn im Juni 1999 aufsuchte und ihn aufforderte, die Kampfhandlungen einzustellen, war er sofort dazu bereit, weil er bereits wusste, dass sein Plan fehlgeschlagen war. Im Gegenzug versprach Zinni, dass Präsident Clinton Nawaz Sharif nach Washington einladen werde. Das war ein kluger Schachzug, denn nun musste Nawaz Sharif vor der Weltöffentlichkeit die Verantwortung für den Rückzug übernehmen. Dem fiel erst später auf, dass Musharraf ihn aufs Kreuz gelegt hatte. Er versuchte dann, sich seiner zu entledigen, doch das misslang, und Musharraf schickte den Premierminister in die Wüste.

7 Die gestörte „Allianz gegen den Terror“

Die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan waren nach diesem „Stellvertreterkrieg“ auf einem Tiefpunkt angelangt, da bewirkte der Terroranschlag auf das World Trade Center im September 2001, dass sich beide Staaten plötzlich in einem Boot befanden – nämlich in der US-amerikanischen „Allianz gegen den Terror“. Musharraf musste nun die afghanischen Taliban ans Messer liefern, die Pakistan zuvor im Auftrag der US-Amerikaner herangezüchtet hatte. Daher war er nun als Verräter den islamischen Terroristen ein Dorn im Auge. Sie versuchten, die „Allianz gegen den Terror“ zu spalten, indem sie Indien gegen Pakistan aufbrachten. Der erste Versuch war ein Anschlag auf den Landtag von Jammu und Kaschmir. Der Initiator des Anschlags, der pakistanische Maulana Masood Azhar, veröffentlichte danach die Namen und pakistanischen Heimorte der „Märtyrer“ und verstieß damit gezielt gegen die Sprachregelung, dass alles, was in Kaschmir geschah, nur von den dortigen Freiheitskämpfern ausging. Von indischer Seite wurde dieser Anschlag nicht hochge-

spielt, da man sehr wohl sah, wozu er dienen sollte. Da holte Masood Azhar mit seinen Gesinnungsgenossen zu einem noch empfindlicheren Schlag aus. Terroristen in gestohlenen oder nachgemachten indischen Polizeiuniformen versuchten, das indische Parlament zu stürmen und wurden buchstäblich in letzter Minute von der indischen Polizei niedergeschossen, sonst hätten sie im Parlament ein Blutbad anrichten können. Das konnte die indische Regierung diesmal nicht auf sich beruhen lassen. Indische Truppen marschierten an der pakistanischen Grenze auf, und es kam im Sommer 2002 zu einer bedrohlichen Krieg-in-Sicht-Krise.

8 Die Wahlen in Jammu und Kaschmir von 2002

Dennoch hielt Indien an dem Entschluss fest, im Herbst 2002 Wahlen in Jammu und Kaschmir abhalten zu lassen. Die Durchführung dieser Wahlen in schwieriger Zeit war unter anderem ein Verdienst der indischen Wahlkommission unter ihrem Vorsitzenden James Lyngdoh. Diese Kommission hat sich einen Ruf der Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit erworben. Sie sorgte dafür, dass die Wahlen an vier verschiedenen Terminen Ende September und Anfang Oktober in den verschiedenen Bezirken von Jammu und Kaschmir abgehalten wurden, damit die Sicherheitskräfte stets in genügender Stärke anwesend sein konnten. Die Terroristen hatten den Wählern gedroht, jeden, der zur Wahl geht, zu erschießen. Dennoch konnte eine Wahlbeteiligung von nahezu 48 Prozent verzeichnet werden. Auf dem Lande war die Beteiligung größer als in den Städten.

Man hätte nun erwarten können, dass die NC als Bauernpartei von der ländlichen Wahlbeteiligung profitieren würde, zumal ihr neuer Parteipräsident Omar Abdullah, der Sohn Farooqs, sich sehr eingesetzt und als Minister in der Bundesregierung politisches Gewicht hatte. Die NC blieb auch die stärkste Partei, aber während sie zuvor 57 Sitze innehatte, brachte sie es diesmal nur auf 28. Die Kongresspartei erlangte 20 Sitze, während sie zuvor nur sieben innegehabt hatte, und die hauptsächlich im Tal von Kaschmir vertretene People's Democratic Party (PDP) 16 Sitze. Sie war erst nach 1996 gegründet worden und daher im vorigen Landtag gar nicht vertreten. Die Bharatiya Janata Party (BJP), die im vorigen Landtag acht Sitze gehabt hatte (alle in Jammu), behielt nur einen Sitz. Das Ergebnis zeigte deutlich, dass die Wahlergebnisse nicht manipuliert worden waren, denn sonst hätte die an der Bundesregierung beteiligte NC den Sieg davongetragen und die BJP wäre auch nicht so stark reduziert worden.

Die Regierungsbildung war unter den gegebenen Umständen nicht gerade leicht. Die erforderliche Mehrheit war nur mit 44 Sitzen zu erreichen. Eine Koalition von NC und Kongresspartei hätte mit 48 Sitzen eine Regierung bilden können. Das wäre eine Neuauflage der unseligen Koalition von 1987 gewesen, die zum „Tod der Demokratie“ geführt hatte. Aber auch keine andere Partei wollte der geschlagenen NC wieder in den Sattel helfen. Die Kongresspartei und die PDP hatten zusammen nur 36 Sitze. Da es aber eine Reihe kleinerer Parteien gab, die sich für eine Koalitionsbildung anwerben ließen, hatte man durchaus Aussicht auf Erfolg. Schwieriger war es dagegen, das Problem zu lösen, wer den Ministerpräsidenten stellen sollte. Rein

zahlenmäßig gebührte der Vorrang der Kongresspartei und ihrem Führer Gulam Nabi Azad, der jedoch einen Wahlkreis in Jammu vertrat, und viel sprach dafür, dass der Ministerpräsident das Tal von Kaschmir repräsentierte. Das traf auf Mufti Mohammed Sayeed, den Führer der PDP, zu, der als ehemaliger Bundesinnenminister auch das nötige politische Gewicht hatte. Außerdem hatte seine älteste Tochter Mehbuba, die Schwester der einst von den Terroristen entführten jüngeren Tochter Rubaya, im Wahlkampf eine führende Rolle gespielt und war praktisch zur Sprecherin ihrer Partei geworden.

Die Kongresspartei zeigte politisches Feingefühl, als sie der PDP den Vortritt ließ. Gulam Nabi Azad kam mit Mufti Mohammed Sayeed überein, dass dieser als erster Ministerpräsident werden solle und ihm nach der Halbzeit der Legislaturperiode das Amt überlassen werde. Omar Farooq übernahm klaglos die Rolle des Oppositionsführers. Der Staat Jammu und Kaschmir schien endlich wieder in ruhigeres Fahrwasser zu gelangen. Der Mufti machte gleich zu Beginn seiner Amtszeit eine versöhnliche Geste, als er Yasin Malik aus der Haft entließ, der ja einst zu den Entführern seiner Tochter gehört hatte. Yasin Malik war inzwischen zum Präsidenten der Jammu and Kashmir Liberation Front aufgestiegen, hatte aber bekundet, dass er sich nun zu Mahatma Gandhis Lehre vom gewaltfreien Widerstand bekehrt habe.

Problematisch blieb nur die Haltung der All Parties Hurriyat Conference (APHC) zu der sich eine Reihe kleinerer muslimischer Parteien zusammengeschlossen hatte, von denen einige Verbindungen zu Terroristen hatten. Die APHC hatte die Wahlen boykottiert – man vermutet unter pakistanischem Einfluss – und so die Chance einer demokratischen Legitimierung versäumt. Wären die Wahlen, wie es in früheren Zeiten leider üblich war, wieder manipuliert worden, so hätte die APHC ihre Position selbstgerecht behaupten können. Nun aber hatte sie sich ins Abseits manövriert. Die indische Regierung betrachtete sie als Handlangerin Pakistans und war nicht mehr geneigt, ihr entgegenzukommen.

Andererseits ist sich die indische Regierung auch dessen bewusst, dass mit den Wahlen und der demokratischen Regierungsbildung in Jammu und Kaschmir noch keine Lorbeeren errungen wurden, auf denen man sich jetzt ausruhen kann. Die neue Landesregierung muss Erfolge aufweisen können – und dazu braucht sie die Unterstützung der Bundesregierung. Diese hat denn auch unlängst einen hochkarätigen Unterhändler (*interlocutor*) ernannt, der mit der Landesregierung darüber verhandeln soll, welche Schritte unternommen werden sollen, um Jammu und Kaschmir neues Ansehen zu verleihen. Dieser Unterhändler ist der ehemalige Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, N.N. Vohra. Er ist kein Parteipolitiker und dürfte so zwischen der Landesregierung und der Bundesregierung, die ja gegensätzlichen politischen Lagern angehören, vermitteln können.

9 Jammu und Kaschmir – ein ethnisches Mosaik

Während bisher nur gelegentlich davon die Rede war, dass es in Jammu und Kaschmir verschiedene Regionen gibt, deren politische Willensbildung nicht immer auf

einen Nenner zu bringen ist, soll abschließend noch ein genauerer Blick auf dieses ethnische Mosaik geworfen werden, das sich gerade auch bei den jüngsten Wahlen sehr deutlich abgezeichnet hat. Der indische Teil von Jammu und Kaschmir hat eine Bevölkerung von rund acht Millionen. Die große Mehrheit dieser Bevölkerung lebt im Tal von Kaschmir und ist fast ausschließlich muslimisch, weil die früher dort lebenden Hindus, die Kashmiri Pandits, in den Jahren des Terrors vertrieben wurden. Ob sie dorthin zurückkehren können, wird zur Zeit noch überlegt. Im Tal von Kaschmir sind die NC und die PDP die dominanten Parteien. In Jammu, dem Stammland der früheren Maharajas von Jammu und Kaschmir, gibt es eine Hindu-mehrheit, und hier hat nun die Kongresspartei die meisten Sitze gewonnen. Unter den Abgeordneten dieser Region sind freilich auch Muslime wie Gulam Nabi Azad. Der östliche Landesteil Ladakh ist vom Buddhismus tibetischer Art geprägt. Die zwei Abgeordneten, die von dort in den Landtag entsandt worden sind, vertreten eine Partei, die das Ziel hat, Ladakh von Jammu und Kaschmir abzutrennen und es als Union Territory in die indische Bundesrepublik zu integrieren. Zu den Union Territories gehören unter anderem die indische Hauptstadt Delhi, aber auch die früheren portugiesischen Kolonien Daman und Diu sowie Inselgruppen wie Lakshadweep vor der Küste Keralas oder die Andamanen und Nikobaren weit im Osten zwischen Birma und Indonesien. Es spricht manches dafür, der Bevölkerung von Ladakh ihren Wunsch zu erfüllen, doch wäre damit die bisherige Einheit von Jammu und Kaschmir gefährdet, und ein Präzedenzfall wäre dafür gegeben, auch Jammu abzutrennen.

In der vorigen Legislaturperiode hatte die Zweidrittelmehrheit der NC im Landtag von Jammu und Kaschmir diese ethnischen Differenzen vergessen lassen, sie haben sich aber gerade in den jüngsten Wahlen sehr stark artikuliert. Sie lassen sich nicht mehr ignorieren und werden auch bei künftigen Wahlen eine Rolle spielen, es sei denn, die NC steigt aus einer Zeit der Opposition wie ein Phönix aus der Asche empor, oder aber der Kongresspartei als nationaler Partei gelingt es, ihren Einfluss auszudehnen. Beides erscheint aus heutiger Sicht recht unwahrscheinlich zu sein.

Die Regierungskoalition von PDP und Kongresspartei ist eine Klammer, die das Tal von Kaschmir mit Jammu zusammenhält. Es bleibt nun abzuwarten, wie gut diese Koalition funktioniert und ob der Amtswechsel nach der Halbzeit der Legislaturperiode harmonisch verläuft. Das Wahlergebnis von 2002 ist zwar an sich als Zeichen demokratischer Konfliktbewältigung zu begrüßen, doch es hat zugleich neue Probleme geschaffen, deren Lösung noch bevorsteht.

Literaturhinweis

Dietmar Rothermund, *Krisenherd Kaschmir. Der Konflikt der Atommächte Indien und Pakistan*, München (Beck'sche Reihe) 2002

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung: Christine Berg

Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-295-6
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2003

CIP-Titelaufnahme:

<p>Indien 2003. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Werner Draguhn. – Hamburg : IFA, 2003. – 482 S. ISSN 1436-1841 ISBN 3-88910-295-6</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).